

Generation JETZT!

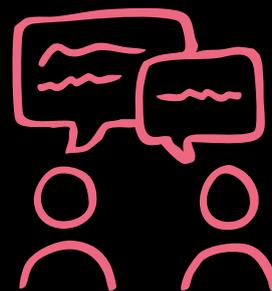
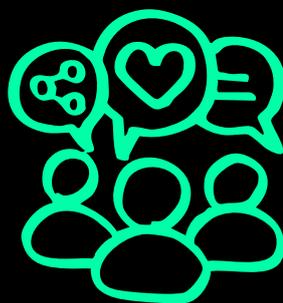
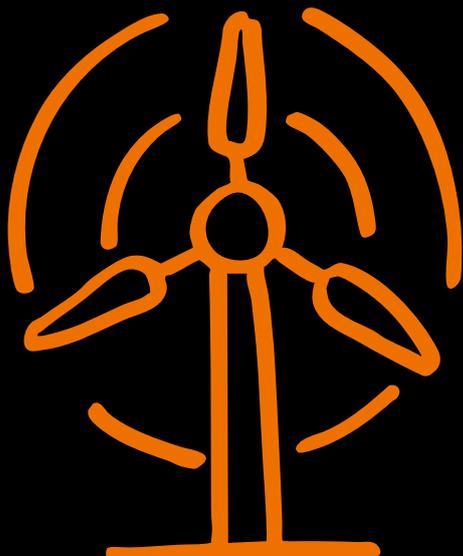
DEINE STIMME
FÜR DEMOKRATIE

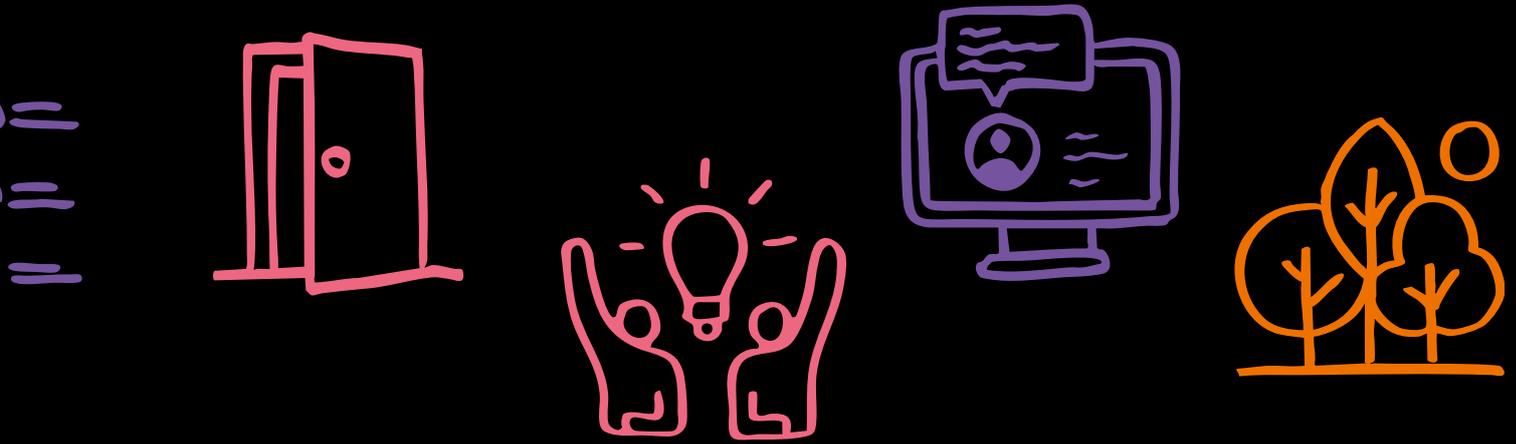
ES BRAUCHT KONKRETE
JUGENDPOLITIK –
NICHT IRGENDWANN,
SONDERN JETZT!

Nach der Bundestagswahl
ist es höchste Zeit, dass
die Politik die Jugend nicht
länger nur als Randthema
behandelt – die »Generation
Jetzt!« fordert eine klare
Haltung.

Ein Koalitionsvertrag ist immer
auch ein Versprechen an die
Gesellschaft. Im Bereich der Jugend-
politik enthält der aktuelle Vertrag
durchaus positive Ansätze: Die An-
hebung der Übungsleiter*innen- und
Ehrenamtszuschläge, Investitionen
in Orte der Jugendarbeit, die Stär-
kung der Freiwilligendienste und die
Prüfung einer Senkung des Wahlalters
auf 16 Jahre spiegeln viele Forderun-
gen wider, die Jugendverbände – auch
der BDKJ – seit Jahren artikulieren.
Doch trotz dieser Signale bleibt ein
schales Gefühl: Vieles klingt gut, aber
wenig ist verbindlich. Und Entschei-
dendes fehlt ganz. Wer den Vertrag
genau liest, stellt fest: Es wird viel
gewollt, viel geprüft, viel in Aussicht
gestellt. Doch was fehlt, ist eine klare
politische Haltung, die Jugendpolitik
nicht als wohlmeinendes Randthema
behandelt, sondern als eine zentrale
gesellschaftliche Aufgabe – ressort-
übergreifend, langfristig und
systematisch.

Eine eigenständige Kinder- und
Jugendpolitik mit verbindlichen
Zielen, abgestimmten Maßnahmen
und klaren Zuständigkeiten sucht man
vergeblich. Gerade bei den großen
Themen unserer Zeit – Klimakrise,
soziale Sicherung, Migration – werden
Kinder und Jugendliche kaum oder gar
nicht in ihrer besonderen Betroffenheit
mitgedacht. Dabei sind es genau diese
Bereiche, die ihre Zukunft massiv prä-
gen werden. Beim KLIMASCHUTZ
erleben junge Menschen täglich, wie
politische Versprechen hinter dem
Notwendigen zurückbleiben. In der
Sozialpolitik fehlen Maßnahmen, die
gezielt KINDER- UND JUGEND-
ARMUT bekämpfen. Und in der
MIGRATIONSPOLITIK werden
junge Geflüchtete und ihre Rechte
oft übersehen – besonders, wenn es
um sichere Lebensperspektiven und
Teilhabe geht.





Der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung macht deutlich, wie dringend diese Generation verlässliche Rahmenbedingungen braucht. Sie ist geprägt von Vielfalt, politischem Bewusstsein und Engagement, aber auch von Krisenerfahrungen, Zukunftssorgen und einem tiefen Bedürfnis nach Orientierung. **POLITIK MUSS DARAUFG REAGIEREN** – nicht mit Symbolpolitik, sondern mit Substanz. Deshalb ist es gut, dass junge Menschen und Jugendverbände nicht länger abwarten, sondern selbst aktiv werden. Die BDKJ-Kampagne »Generation Jetzt«, welche wir auch in Baden-Württemberg mitgetragen und unterstützt haben, fordert genau dies ein: eine konsequente, eigenständige und verbindliche Jugendpolitik. Kein »Vielleicht irgendwann«, sondern klare politische Entscheidungen – jetzt.

»Generation Jetzt« zeigt auf, was junge Menschen bewegt – und dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Was sie brauchen, ist **EIN POLITISCHES UMFELD, DAS SIE ERNST NIMMT, MITDENKT UND EINBINDET**. Beteiligung darf nicht bloß als Anhörung verstanden werden, sondern muss echte Mitgestaltung ermöglichen – auf Landes- wie auch auf Bundesebene. Nur so entsteht Vertrauen – und das ist die wichtigste Währung in der Beziehung zwischen Politik und junger Generation. Der Koalitionsvertrag zeigt, dass vieles möglich wäre. Doch Absichtserklärungen reichen nicht. Jetzt ist die Zeit, Haltung zu zeigen – für die Rechte, Anliegen und Perspektiven junger Menschen. Die »Generation Jetzt« ist bereit dafür. Es ist Zeit, dass auch die Politik bereit ist.

Daher gilt es nun mit Blick auf die kommende **LANDTAGSWAHL AM 8. MÄRZ 2026** darum, die Anliegen und relevanten Themen junger Menschen auf Landesebene einzubringen und die Kampagne »Generation jetzt« dort weiterzuführen. Denn eine gesamtgesellschaftliche demokratische Gesellschaftsordnung benötigt das Vertrauen ihrer Bürger*innen, und das sind vor allem auch junge Menschen unter 16, die an den Landtagswahlen nicht partizipieren dürfen. **VERTRAUEN IST DIE GRUNDLAGE JEDER FUNKTIONIERENDEN DEMOKRATIE**, und dieses Vertrauen in das politische Handeln der gewählten Vertreter*innen müssen sie nun gerecht werden und die Anliegen und Interessen junger Menschen aktiv berücksichtigen.

DOMINIK NAWRATIL,
BDKJ LANDESREFERENT

